

Soziales/Arbeit/Steuern/Finanzen/Forum Alpbach

Freiwilligkeit Grundlage für den Erfolg der Mitarbeiterbeteiligung

Utl.: WKÖ-Präsident Leitl begrüßt Pläne von Molterer und Bartenstein
- Sozialpartner werden Vorschläge machen

Wien (APA) - Die von Vizekanzler Finanzminister Wilhelm Molterer (V) und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V) heute, Donnerstag, in Alpbach skizzierten Eckpunkte zur Mitarbeiterbeteiligung haben eine Reihe von Reaktionen ausgelöst. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl sprach sich heute ebenso wie **Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer (IHS)** deutlich dafür aus, Kleinanlegervertreter Wilhelm Rasinger zeigte sich skeptisch.

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl spricht in einer ersten Stellungnahme von einem "geeigneten Rahmen, um die Mitarbeiterbeteiligung in Österreich weiter zu entwickeln". Für wichtig hält er insbesondere das Prinzip der Freiwilligkeit und eine partnerschaftliche Umsetzung. Der Ausbau steuerlicher Anreize für Kapital- und Erfolgsbeteiligung sei "richtig und notwendig", so Leitl. Als Sozialpartner werde sich die Wirtschaftskammer "selbstverständlich (...) konstruktiv in Planung und Umsetzung einbringen".

Der Leiter des **Instituts für Höhere Studien (IHS)**, **Bernhard Felderer**, zeigte sich im APA-Gespräch überaus angetan von den Vorschlägen und spricht von "einer sehr wichtigen und lange fälligen Initiative". Die geplante Möglichkeit, die Mitarbeiter nicht nur am Unternehmen direkt, sondern auch am Ertrag eines Unternehmens zu beteiligen, sei sehr begrüßenswert. **Felderer**: "Es ist nicht sinnvoll, dass sich jemand an der Firma beteiligt, von der er Lohn bezieht", das würde eine Kumulierung des Risikos bedeuten. Das habe auch die Bevölkerung erkannt, wie die GfK-Befragung zeige. Darin spricht sich eine klare Mehrheit von 63 Prozent für eine Ergebnisbeteiligung aus.

Die Freiwilligkeit dieser Möglichkeit komme vor allem Klein- und Mittelbetrieben (KMU) entgegen. Das Thema sei in Österreich bereits oft diskutiert worden, so **Felderer**, der an die Idee einer bereits in den 60er Jahren von der ÖVP propagierten "Volksaktie" erinnert.

Skeptisch steht den Plänen Kleinaktionärsvertreter Wilhelm Rasinger vom Interessenverband für Anleger (IVA) gegenüber: "Damit entstehen neue Ungerechtigkeiten, denn solche Modelle bevorzugen nur gewisse Gruppen", sagte Rasinger am Donnerstag in Alpbach zur APA. Freiberufler, Mitarbeiter in der Verwaltung oder auch Mitarbeiter in Kleinbetrieben kämen wohl nicht in den Genuss solcher Vorteile. Und steuerliche Anreize würden "eine Komplizierung des Steuerrechts" sowie einen hohen administrativen Aufwand bedeuten.

(Forts. mögl.) hwk/wyl

APA0428 2007-08-30/14:22

301422 Aug 07

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.
Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at.